

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 392/09 vom 18. Dezember 2009

Heike Franzen zu TOP 6 u. 28: An der Umsetzung von G8 muss gearbeitet werden

Es gilt das gesprochene Wort!
Freigabe Redebeginn!

In der letzten Legislaturperiode wurde eine umfassende Schulreform auf den Weg gebracht. Reformen bringen gelegentlich auch Probleme bei der Umsetzung mit sich. Mit einigen dieser Probleme befassen wir uns heute.

Der Antrag des Kollegen Höppner weist zu Recht auf die Probleme bei der Umsetzung des 8-jährigen Bildungsgangs an den Gymnasien hin. Denn festzustellen ist: nicht G 8 ist falsch, sondern an der Umsetzung muss gearbeitet werden. Es freut uns daher, dass sich die SPD mit diesem Thema beschäftigt: Es war schließlich Ihre Ministerin, die in der vergangenen Legislaturperiode durch ihr Verwaltungshandeln im täglichen Schulalltag durchaus zur Verschärfung der Arbeitsbelastung an den Gymnasien beigetragen hat – und nicht der Gesetzgeber, der die richtigen Weichen gestellt hat. Und wenn die SPD-Fraktion jetzt zu Korrekturen kommen will, ist das ein richtiger Schritt. In der Tat ist es so, dass andere Bundesländer bei der Umsetzung von G8 mit den Vorgaben der Kultusministerkonferenz anders umgegangen sind als das in Schleswig-Holstein der Fall war. Richtig ist, dass die Kultusministerkonferenz von der Jahrgangsstufe 5 bis zur allgemeinen Hochschulreife 265 Jahreswochenstunden festgelegt hat. Die Verteilung dieser Jahreswochenstunden findet in den Bundesländern allerdings auf

höchst unterschiedliche Weise statt.

Beispielsweise hat Hessen Wert darauf gelegt, insbesondere Rücksicht auf die Orientierungsstufe zu nehmen und für die Jahrgangsstufen 5 und 6 nur 30 Wochenstunden im Rahmen der Kontingenztafel vorzugeben.

Insbesondere der Übergang von der Grundschule auf das Gymnasium könnte erleichtert werden, um gerade die jüngeren Schülerinnen und Schüler nicht zwangsläufig in den Nachmittagsunterricht zu schicken. In Bayern sind in den Jahreswochenstunden so genannte „Intensivierungsstunden“ enthalten, in denen die Klassen von zwei Lehrkräften unterrichtet werden, so dass sich die Unterrichtsbelastung für die Schülerinnen und Schüler auf 255 Jahreswochenstunden reduziert – eine pfiffige Idee, an der sich auch Schleswig-Holstein orientieren könnte.

Diese Beispiele zeigen, dass es für uns in Schleswig-Holstein Möglichkeiten gibt, schnell Entlastungen für die Unterrichtssituation am 8-jährigen Gymnasium zu erreichen.

Das muss auch unser erstes Ziel sein, denn CDU und FPD haben ein gemeinsames Interesse an einem erfolgreichen Bildungsgang G8. Die Koalition hat es sich überdies auf die Fahnen geschrieben, die Gymnasien im Rahmen des „G 8-Bildungsganges“ besser auszustatten und auch den Bildungsgang G 9 zu ermöglichen. Darüber hinaus muss sich allerdings auch die Kultusministerkonferenz mit der Gesamtsituation von G8 befassen und einen breiteren Rahmen für Erleichterungen der Unterrichtsbelastung von Schülerinnen und Schülern ermöglichen.

Was aber gar nicht geht, ist die Forderung des SSW, G 8 wieder abzuschaffen. Wir wären das einzige Bundesland, das einen solchen Schritt gehen würde. Damit wären schleswig-holsteinische Kinder benachteiligt im Wettbewerb um Ausbildungs- und Studienplätze. Das können wir uns nicht leisten!

Die regierungstragenden Fraktionen bringen heute einen Gesetzentwurf ein, der es den Schulen und Schulträgern, die sich noch nicht für eine der Schulformen Regional- oder Gemeinschaftsschule entschieden haben, ermöglichen soll, eine Fristverlängerung von einem Jahr zu erhalten, um sich umzuwandeln. Zum Einen setzen wir damit die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung zu einer eventuellen Fortführung einzelner Realschulen um. Zum Anderen wollen wir der Landregierung die Möglichkeit geben, an den Schulstandorten, an denen sich die Meinungsbildung über die künftige Schulsituation schwierig gestaltet oder wo der Fortbestand einer Schule zur Debatte steht, gemeinsam mit den Schulen und den Schulträgern noch offene Fragen zu klären.

Bereits im Februar nächsten Jahres laufen die Anmeldeverfahren an den

Schulen. Bis dahin müssen die Schulen Rechtssicherheit haben. Deswegen brauchen wir hier ein zügiges Verfahren.

CDU und FDP wollen die Korrekturen im Schulsystem vornehmen, die notwendig sind, um unsere Schulen und damit unsere Kinder erfolgreicher zu machen für mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung von Schulträgern und Schulen.